

**SCHWEIZER
PERSONAL
VORSORGE**

**PREVOYANCE
PROFESSIONNELLE
SUISSE**

Typische Fälle und Umsetzungsfragen

Knacknüsse beim neuen Vorsorgeausgleich

Cas typiques et questions de mise en œuvre

Quelques problèmes épineux du nouveau partage de la prévoyance

Andrea Trüssel, Libera AG

Daniele Maspero, Libera AG



Knacknüsse beim neuen Vorsorgeausgleich

Die neuen Bestimmungen zum Vorsorgeausgleich bei Scheidung treten am 1. Januar 2017 in Kraft. Neu können auch nach Eintritt eines Vorsorgefalls die während der Ehe erworbenen Vorsorgeleistungen geteilt werden.

IN KÜRZE

In der Praxis werden die neuen Bestimmungen einige Herausforderungen für Gerichte und Vorsorgeeinrichtungen mit sich bringen. Insbesondere wird es einiger Recherchen bedürfen, um das zu teilende Guthaben festzustellen.

Richter, Experten und Geschäftsführer beschäftigen sich intensiv mit dem Vorsorgeausgleich bei Scheidung. Dabei tauchen interessante Fragestellungen auf. Anhand von Beispielen beleuchten wir einige Fälle aus Sicht von Rechtsprechung und Umsetzungspraxis.

Berechnung des zu teilenden Betrags

Das während der Ehe geäufterte Vorsorgeguthaben wird geteilt, wenn zwischen Heirat und Scheidung keine speziellen Ereignisse wie ein WEF-Vorbezug oder eine WEF-Rückzahlung stattgefunden haben und der Vorsorgefall nicht eingetreten ist. Somit ist vom gesamten Vorsorgeguthaben zum Zeitpunkt der Einleitung der Scheidung der voreheliche Teil zu subtrahieren. Dieser wurde bei der Heirat (nach dem 1. Januar 1995) festgehalten und wird auf den Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens aufgezinnt. Die Differenz bildet dann das während der Ehe geäufterte Vorsorgeguthaben, das im Grundsatz gemäss Art. 123 Abs. 1 ZGB hälftig zu teilen ist.

Berechnung bei WEF-Vorbezug

Hat das Paar während der Ehe einen WEF-Vorbezug getätigt, gestaltet sich die Berechnung als Knacknuss (siehe Grafik). Für die Berechnung in der Grafik haben wir folgende Annahmen getroffen: Heirat im Alter von 30 Jahren, WEF-Vorbezug 10 Jahre später, gefolgt von der Scheidung im Alter von 50 Jahren. Gemäss Art. 22a Abs. 3 FZG werden der Kapitalabfluss und der Zinsverlust anteilmässig dem vor der Eheschliessung und dem danach bis zum Bezug

geäufterten Vorsorgeguthaben belastet, wenn während der Ehe Vorbezüge für Wohneigentum stattgefunden haben. Unseres Erachtens bedeutet dies, dass die Pensionskasse zum Zeitpunkt des WEF-Bezugs festhalten muss, in welchem Verhältnis das aufgezinnte voreheliche Vorsorgeguthaben und das zwischenzeitlich geäufterte eheliche Vorsorgeguthaben zueinander stehen. Daraus resultiert eine Aufteilung des WEF-Vorbezugs (Kapitalabfluss) in einen vorehelichen und einen ehelichen Teil. Bei der Scheidung bilden dann der eheliche Teil des WEF und der eheliche Teil des Vorsorgeguthabens den zu teilenden Betrag (Berücksichtigung des Zinsverlusts).

Komplexere Fälle

Bei Fällen mit mehr Ereignissen – beispielsweise weiteren WEF-Vorbezügen, Rückzahlungen oder (Teil-)Invalidisierung – wird die Bestimmung des zu teilenden Betrags vielschichtiger und zwangsläufig zu einer grösseren Knacknuss.

Invalidenrente vor dem Rücktrittsalter kürzen

Wird die Ehe eines Bezügers einer Invalidenrente vor dem Rücktrittsalter geschieden, so stellt das Gericht auf die hypothetische Austrittsleistung ab, von der ein Teil übertragen wird. Damit für die Versicherten kein Vorteil aus einer Scheidung entsteht, darf die Pensionskasse gemäss Art. 24 Abs. 5 BVG beziehungsweise Art. 19 BVV 2 die Invalidenrente kürzen, falls das Altersguthaben zum Zeitpunkt der Invalidität in die Berechnung der Invalidenrente einflusst.

Andrea Trüssel

lic. iur.,
Leiter Rechtsberatung,
Libera AG



Daniele Maspero

Fachmann für
Personalvorsorge
mit eidg. Fachausweis,
Libera AG



Beispiel BVG-Invalidenrente

Als Beispiel dient eine BVG-Invalidenrente vor dem Rücktrittsalter, die sich durch Multiplikation des projizierten Altersguthabens ohne Zins mit dem aktuellen BVG-Umwandlungssatz von 6.8 Prozent berechnet. In unserem Beispiel beträgt die Rente 20 400 Franken. Die BVG-Invalidenrente ist damit abhängig vom vorhandenen Altersguthaben im Zeitpunkt der Invalidität. Im Scheidungsverfahren wird gemäss Art. 124 ZGB auf die hypothetische Austrittsleistung abgestellt und ein Betrag von beispielsweise 65 000 Franken zur Übertragung an den geschiedenen Ehegatten festgelegt. Da dieser Betrag nun dem vorhandenen Altersguthaben fehlt, fällt die Rente bei erneuter Berechnung um 65 000 Franken mal 6.8 Prozent = 4420 Franken tiefer aus. Diese Berechnung bestimmt die Höhe der Kürzung. Die neue Invalidenrente beträgt somit 15 980 Franken. Grundlage für die Kürzung bilden Art. 24 Abs. 5 BVG und Art. 19 BVV 2. Letzterer enthält auch Bestimmungen zur maximalen Höhe der Kürzung.

Grundlage der Kürzung

Eine weitere Knacknuss ist die Berechnung der Kürzung einer reglementarisch definierten Invalidenrente. Gemäss Art. 19 Abs. 3 BVV 2 wird die Kürzung nach den reglementarischen Bestimmungen berechnet, die der Berechnung der Inva-

lidenrente zugrunde liegen (beziehungsweise lagen). Massgebend für die Berechnung der Kürzung ist der Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens. Während also die Einleitung des Scheidungsverfahrens den Zeitpunkt für die Berechnung bildet, können die Grundlagen zur Berechnung der Kürzung schon Jahre zurückliegen. Dies hat für Vorsorgeeinrichtungen zur Folge, dass sie auf der Basis von früheren Reglementen Berechnungen durchführen müssen.

Datenbeschaffung und Meldepflicht

Gerade in der Administration von Vorsorgeeinrichtungen tauchen Fragen zum neuen Vorsorgeausgleich auf. Viele Änderungen betreffen die Pensionskassenverwaltungen direkt, weil sie diese umsetzen müssen.

Beschaffung von Daten aus der Vergangenheit

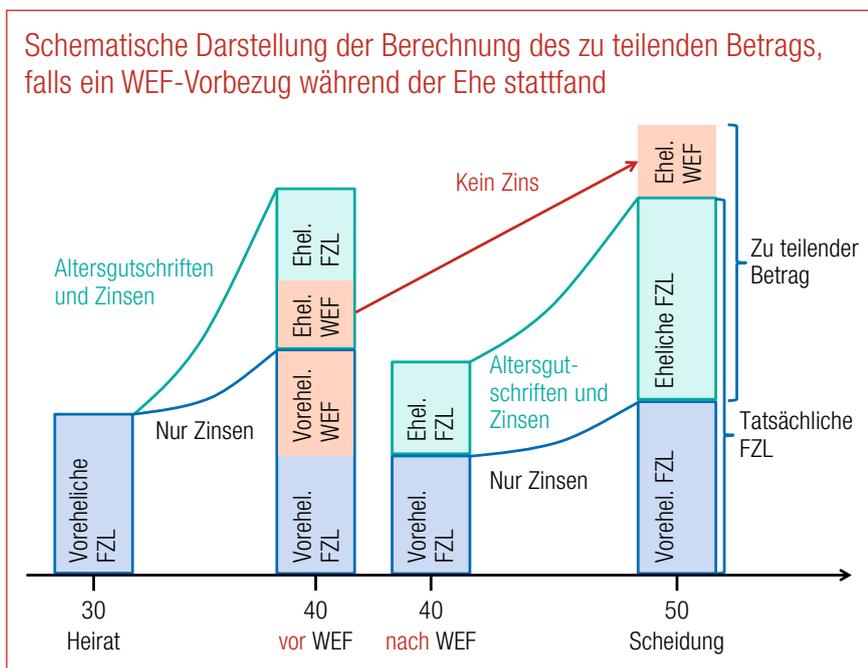
Gestützt auf Artikel 22c FZG wird die zu übertragende Austrittsleistung dem verpflichteten Ehegatten im Verhältnis des BVG-Altersguthabens zum übrigen Vorsorgeguthaben belastet und im selben Verhältnis dem berechtigten Ehegatten gutgeschrieben. Die Bestimmung hat den Zweck, dass Gelder aus dem Obligatorium nicht ins Überobligatorium verschoben werden. Die Berechnung des zu teilenden Betrags basiert auf den Guthaben, die bei den Ehegatten zum Zeitpunkt der Heirat vorhanden sind. Weil

diese Beträge nicht bei allen Vorsorgeeinrichtungen bekannt sind, ergibt sich die Knacknuss der Datenbeschaffung. Dabei gilt es insbesondere zu beachten, dass die genannten Informationen bei Austritten an die neue Vorsorgeeinrichtung weitergeleitet werden müssen. Bei Unterlassung muss die neue Vorsorgeeinrichtung sie gemäss Art. 2 Abs. 3 FZV einfordern. Daher stellt sich die Frage, was geschieht, falls der Anteil des BVG-Guthabens nicht mehr festgestellt werden kann. Basierend auf Art. 15 Abs. 4 BVG besagt Art. 15b BVV 2, dass als BVG-Altersguthaben der Betrag gilt, den die versicherte Person nach den gesetzlichen Mindestvorschriften bis zum Zeitpunkt der Festlegung maximal hätte erreichen können, höchstens aber das tatsächlich vorhandene Vorsorgeguthaben. Die Erläuterungen zu den Verordnungen schreiben hierzu, dass diese Regelung nur zum Einsatz kommen soll, falls die Feststellung des Anteils mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist. Was «zumutbar» heisst, muss jede Vorsorgeeinrichtung für sich selbst definieren. Auf jeden Fall ist es für die Vorsorgeeinrichtung von Vorteil, die Verhältnisse aus der Vergangenheit ausfindig zu machen. Haben Versicherte Lohnerhöhungen erhalten, WEF-Vorbezüge getätigt oder gar die Vorsorgeeinrichtung gewechselt, so wird dieses Unterfangen zur Herausforderung.

Eine weitere wichtige neue Verpflichtung für die Pensionskassenverwaltungen bildet die Meldung des ganzen Bestands an die Zentralstelle 2. Säule – gemäss Art. 24a FZG bis Ende März 2017 und anschliessend jeweils per Ende Januar. Die Automation dieser Meldung ist anzustreben.

Weitere Knacknüsse

Die aufgeführten Herausforderungen sind nicht als abschliessende Aufzählung zu verstehen. Unter anderem sind folgende weiteren Knacknüsse denkbar: die Frage nach dem Zinssatz bei jährlicher Übertragung einer lebenslangen Rente (Art. 19j Abs. 5 FZV), die Umsetzung der Übergangsbestimmung zu Renten geschiedener Ehegatten (Art. 20 BVV 2), das Vorgehen, falls der BVG-Anteil einer laufenden Rente nicht bekannt ist, oder die Bilanzierung der neuen Destinatärsart unter FER 26. **I**



Quelques problèmes épineux du nouveau partage de la prévoyance

Les nouvelles dispositions relatives au partage de la prévoyance en cas de divorce entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2017. Les prestations de prévoyance acquises au cours du mariage pourront désormais être partagées même après la survenance d'un cas de prévoyance.

EN BREF

Les nouvelles dispositions donneront matière à réflexion aux tribunaux et aux institutions de prévoyance. Et il faudra procéder à pas mal de recherches pour déterminer l'avoir à partager.

Les juges, les experts et les directeurs de caisses de pensions planchent actuellement sur le partage de la prévoyance en cas de divorce. Leurs réflexions mettent à jour un certain nombre d'interrogations intéressantes. Nous allons examiner quelques cas à la lumière de la jurisprudence et de la pratique de mise en œuvre.

Calcul du montant à partager

L'avoir de prévoyance acquis au cours du mariage est partagé par moitié si aucun événement spécial n'est intervenu entre la date du mariage et le divorce, par exemple un versement anticipé EPL ou le remboursement de celui-ci. Au moment de l'introduction du divorce, il faudra donc soustraire de l'avoir de prévoyance total toute la partie antérieure au mariage. Cette partie avait été établie au moment du mariage (s'il a eu lieu après le 1^{er} janvier 1995) et sera complétée des intérêts courus jusqu'à la date d'introduction de la procédure de divorce. Ce qui reste constituera l'avoir de prévoyance thésaurisé pendant le mariage qu'il s'agira de partager à parts égales en vertu de l'art. 123 al. 1 CCS.

Calcul du versement anticipé EPL

Si le couple a profité d'un versement anticipé EPL au cours de son mariage, le calcul se complique (voir graphique). Pour les calculs dans notre graphique, nous avons retenu les hypothèses suivantes: mariage à l'âge de 30 ans, versement anticipé EPL 10 ans plus tard, puis divorce à l'âge de 50 ans. En vertu de l'art. 22a al. 3 LFLP, le capital retiré et la perte d'intérêt sont imputés proportionnellement à l'avoir de prévoyance constitué avant le mariage et à celui constitué

après le mariage jusqu'au versement au cas où des versements anticipés ont été effectués pour l'achat d'un logement pendant le mariage. Pour la caisse de pensions, cela signifie à notre sens qu'elle devra établir au moment du versement EPL la part proportionnelle de l'avoir de vieillesse antérieur au mariage avec les intérêts et celle accumulée depuis la conclusion du mariage. Il en résulte une répartition du versement anticipé EPL (départ de capital) en une partie antérieure et une partie consécutive au mariage. En cas de divorce, l'avoir à partager se composera de la partie EPL consécutive au mariage et de la partie de l'avoir de prévoyance accumulée pendant le mariage (compte tenu de la perte d'intérêts).

Les cas plus complexes

Dans les cas à événements multiples – par exemple plusieurs versements anticipés ou remboursements EPL, ou mise à l'invalidité (partielle) – la détermination du montant à partager devient plus complexe et va donc donner plus de fil à retordre.

Réduire la rente d'invalidité avant l'âge terme

Si le divorce d'un bénéficiaire de rente d'invalidité intervient avant qu'il n'ait atteint l'âge de la retraite, le tribunal va s'appuyer sur la prestation de sortie hypothétique dont une partie sera transférée. Pour éviter que les assurés ne tirent un avantage injustifié d'un divorce, la caisse de pensions a le droit de réduire la rente d'invalidité en vertu de l'art. 24 al. 5 LPP et de l'art. 19 OPP 2 si l'avoir de vieillesse avait été pris en compte pour le calcul de la rente d'invalidité au mo-

ment où la personne assurée est devenue invalide.

Exemple d'une rente d'invalidité LPP

L'exemple proposé est celui d'une rente d'invalidité LPP avant l'âge terme qui est calculée en multipliant l'avoir de vieillesse extrapolé sans les intérêts par le taux de conversion LPP actuel de 6.8%. La rente obtenue dans notre cas de figure s'élève à 20 400 francs. La rente d'invalidité LPP est donc dépendante de l'avoir de vieillesse existant au moment de la survenue de l'invalidité. Dans la procédure de divorce, le juge s'appuiera sur la prestation de sortie hypothétique en vertu de l'art. 124 CCS et il fixera par exemple un montant de 65 000 francs à transférer au conjoint divorcé. Comme ce montant fera désormais défaut dans l'avoir de vieillesse existant, la rente recalculée, diminuée des 65 000 francs fois 6.8%, baissera de 4420 francs, et elle sera réduite en conséquence. La nouvelle rente d'invalidité ne s'élèvera plus qu'à 15 980 francs. Cette réduction est fondée par l'art. 24 al. 5 LPP et l'art. 19 OPP 2. Ce dernier contient aussi des dispositions concernant le montant maximal de la diminution.

Base de la diminution

Autre casse-tête: le calcul de la réduction d'une rente d'invalidité réglementaire. Selon l'art. 19 al. 3 OPP 2, la réduction sera calculée selon les modalités réglementaires qui sous-tendent (ou

sous-tendaient) le calcul de la rente d'invalidité. La date d'introduction de la procédure de divorce fera foi pour le calcul de la réduction. Pour la date de calcul, pas de problème. Mais les bases de calcul risquent de remonter à de nombreuses années en arrière. C'est dire que les institutions de prévoyance devront effectuer les calculs sur la base d'anciens règlements.

Compilation de données et obligation de déclarer

Le nouveau partage de la prévoyance confronte aussi les institutions de prévoyance à des questions d'ordre administratif. Beaucoup de modifications concernent directement les services d'administration des caisses qui seront chargés de les mettre en œuvre.

Compilation de données du passé

Aux termes de l'art. 22c LFLP, la prestation de sortie à transférer sera débitée au conjoint débiteur dans les proportions de l'avoir de vieillesse LPP par rapport au reste de l'avoir de prévoyance et créditée au conjoint créancier dans les mêmes proportions. Cette disposition a pour objectif de prévenir le transfert de capitaux du régime obligatoire dans le régime subobligatoire. Le calcul du montant à partager se fonde sur l'avoir existant des conjoints au moment du mariage. Pas toutes les institutions de prévoyance n'ont connaissance de ces montants. La recherche de données

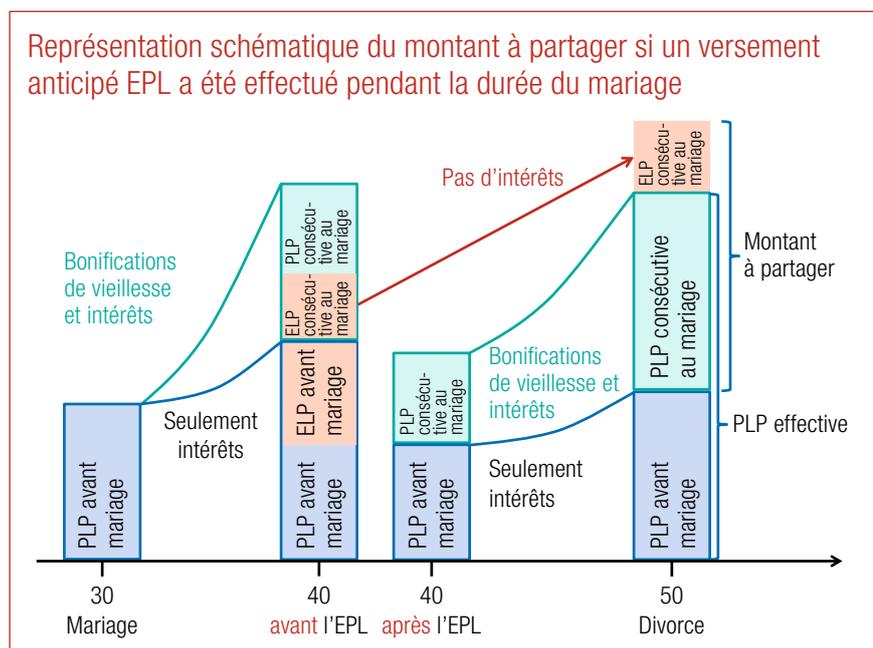
constitue donc une embûche supplémentaire. Et il faudra aussi se rappeler que ces informations devront être transmises à la nouvelle institution de prévoyance en cas de sortie. Si ce n'est pas fait, la nouvelle institution de prévoyance doit les réclamer en vertu de l'art. 2 al. 3 OFLP. Mais que se passera-t-il s'il n'est plus possible d'établir la part de l'avoir LPP? En s'appuyant sur l'art. 15 al. 4 LPP, l'art. 15b OPP 2 stipule que sera considéré comme avoir de vieillesse LPP le montant maximal que la personne assurée aurait pu atteindre jusqu'au moment de la détermination en vertu des minima légaux, mais au maximum l'avoir de prévoyance effectivement existant. Les commentaires relatifs aux ordonnances précisent que cette réglementation ne doit entrer en application que s'il est impossible d'établir la part par un effort raisonnable. Chaque institution de prévoyance devra elle-même définir ce qui est «raisonnable» pour elle. Il sera en tous cas toujours préférable d'être en possession des informations concernant le passé. Si les assurés ont bénéficié de hausses de salaire, perçu des versements anticipés EPL voire même changé d'institution de prévoyance, le défi sera de taille.

Une autre obligation importante qui incombe désormais aux services d'administration des caisses de pensions, c'est qu'ils devront déclarer tout l'effectif de leurs assurés à la Centrale du 2^e pilier – d'ici fin mars 2017 en vertu de l'art. 24a LFLP, puis chaque année pour la fin janvier. Le mieux sera d'automatiser cette déclaration.

Encore des casse-tête

La liste des défis décrits n'est pas exhaustive. Quelques exemples de points également susceptibles de faire travailler les méninges: la question du taux d'intérêt applicable pour le transfert annuel d'une rente viagère (art. 19j al. 5 LFLP), la mise en œuvre de la disposition transitoire relative aux rentes de conjoints divorcés (art. 20 OPP 2), la manière de procéder si la part LPP d'une rente en cours n'est pas connue, ou la comptabilisation du nouveau type de destinataires selon la règle RPC 26. **I**

**Andrea Trüssel
Daniele Maspero**





Anlageberatung für Pensionskassen

Solide Grundlagen für Ihre Anlageentscheide geben Ihnen als Stiftungsrat mehr Sicherheit. Unsere erfahrenen Anlagespezialisten beraten Sie unabhängig und reden Klartext.

- **ALM-Studien**
- **Anlagestrategie**
- **Anlageorganisation**
- **Investment Controlling**

A&L Asalis AG

Stockerstrasse 34 · Postfach · CH-8022 Zürich
Telefon +41 (0)43 344 42 10 · www.asalis.ch

A&L ASALIS